

## Betrifft Luxussteuer

Die in dem Kampf gegen die Luxussteuer beteiligten unterzeichneten Verbände bzw. Persönlichkeiten sind nach eingehender Besprechung der Sachlage einstimmig dahin übereingekommen, daß nach den vorliegenden, teils offiziellen, teils offiziellen Veröffentlichungen eine vollständige Aufhebung der Luxussteuer unbedingt zum 1. April zu erwarten ist; darüber hinaus besteht die Aussicht, daß die Luxussteuer mit rückwirkender Kraft von Anfang März ab außer Hebung gesetzt wird.

Wenn auch von den Unterzeichneten nicht verkannt wird, daß die Möglichkeit besteht, daß infolge irgendeiner nicht vorauszu-sehenden veränderten politischen Konstellation die Dinge doch noch einen anderen Verlauf nehmen könnten, so glauben sie doch im Interesse des Juwelier- und Uhrengewerbes dem Einzelhandel folgende Vorschläge und Richtlinien geben zu müssen. Sie gehen dabei von der Vermutung aus, daß durch die Zeitungsveröffentlichungen das Publikum über die beabsichtigte Aufhebung der Luxussteuer bereits unterrichtet ist und dadurch veranlaßt wird, sämtliche Einkäufe in Waren, bei denen es eine Luxussteuerpflicht auch nur vermutet, bis auf weiteres aufzuschieben. Um die daraus mit Sicherheit zu erwartende Geschäftsstockung aufzuheben, bringen die Unterzeichneten folgende Maßnahmen in Empfehlung:

1. Alle Einzelhandelsgeschäfte machen das Publikum sofort durch Plakate darauf aufmerksam, daß auf alle luxussteuerpflichtigen Gegenstände bereits jetzt ein Preisabschlag von 7,5% gewährt wird. Der Text eines solchen Plakates, wie ein solches in Groß-Berlin herausgebracht ist, lautet wie folgt:

Wegen Abbau der Luxussteuer  
Auf alle luxussteuerpflichtigen Waren  
7,5% Rabatt.

Der Wortlaut eines solchen Plakates würde sich nach endgültiger Beschlußfassung über den Fortfall der Luxussteuer sinngemäß verändern.

2. Bis zum 30. April wird empfohlen, sämtliche luxussteuerpflichtigen Waren unter der alten Kalkulation (also einschließlich Luxussteuer) ausgezeichnet zu belassen und den Rabatt von 7,5% zu gewähren.

3. Vom 1. Mai wird empfohlen, sämtliche Waren neu auszuzeichnen. Von diesem Zeitpunkt wird ein neu zu fassendes Plakat, dessen Inhalt noch mitgeteilt werden wird, auf die Neuberechnung der Preise das Publikum hinweisen müssen.

Deutscher Uhrenhandelsverband  
Belmonte Dr. Hillgenberg

Zentralverband der Deutschen Uhrmacher, Halle  
Dr. Reichardt Bätge Dr. Felsing

Reichsverband Deutscher Juweliere, Gold- und Silberschmiede  
E. Hülse Direktor Altmann

Freie Vereinigung für das Gold- und Silberwarengewerbe, Berlin  
Oskar Janus

Freie Uhrmacherinnung Berlin  
Dräger

Verband der Grossisten des Edelmetallgewerbes Berlin  
Ziegler Dr. von Uckermann

## Hamburger Brief

Endlich erhalten Sie meinen Brief Nr. 2. Es ist der zweite, den ich in meinem langen Leben an Sie schreibe. Mit Schreiben soll man überhaupt sehr vorsichtig sein, weil das geschriebene Wort ganz anders als das gesprochene wirken kann. Wenn man aber in seinem Schreiben bei der Wahrheit bleibt, dann kann man sich das Herz schon mal leichter machen.

Zwei und einen halben Monat liegt das Fazit des Weihnachtsgeschäftes nun bereits hinter uns. Wenn ich nun bis heute säumte, Ihnen darüber von unserem Hamburg etwas zu sagen, so geschah das, um die Auswirkung besser und übersichtlicher beschauen zu können. Ganz allgemein hieß es: „Na man muß ja zufrieden sein!“ Aus diesem Ausspruch läßt sich weder das Beste noch das Schlechteste schöpfen. Klarer drückten natürlich sich solche Kollegen aus, die da kurzweg sagten: „Ganz gut“ oder „sehr schlecht — sehr schlecht.“

60% zufrieden, 15% ganz gut und 25% sehr schlecht; so möchte ich aus dem, was ich beobachtet habe, die Verteilung aufstellen.

Da höre ich Sie aber schon sagen: „Dann sieht es ja gar nicht so schlecht in Hamburg aus! Nach den Schilderungen, die Ihr voriger Brief enthielt, erwarteten wir ein viel traurigeres Ergebnis!“

Und deshalb säumte ich. Ich weiß heute, daß von den 60%, die ihre Zufriedenheit bekundeten, 40% dieses taten, der Not gehorchend oder der Vernunft. Die Zeit hatte sie schon gelehrt, sich

in das unabänderliche Schicksal zu fügen, d. h. sie nahmen kalten Blutes die Dinge wie sie kamen.

Seit Mitte Januar stocken alle Zahlungen, die wenigen läufigen aber gleichen die Lage nicht aus.

Es ist schmerzlich, von dem so stolzen Hamburg dieses Bild entrollen zu müssen. Aber Zahlen und Rechnungen beweisen die Wahrheit.

Wir hatten vom 1. bis 15. Dezember 40514 Arbeitslose. Vom 16. bis 31. Dezember verringerte sich diese Zahl um etwa 2000. Heute sind es 55541, das ist gleich etwa 5,5% der Einwohnerzahl. Rechnen wir hierzu die Altersschwachen, die Aberhunderte von Privaten, z. B. Söhne, Töchter usw., die keine Verdienstmöglichkeit haben und es noch genießen können, sich durchhalten zu lassen ohne die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch zu nehmen, so kommen wir zu einem erschreckenden Ergebnis. Wer die bleichen, abgezehrten Gesichter der vielen gesehen hat, die vor den Arbeitsämtern in den Frühstunden des Tages stehen, harrend irgendeiner Arbeitsmöglichkeit, und der es versteht, aus den Zügen des bitteren Harms die Gedanken zu lesen, die das Herz oder der Kummer in sie geprägt haben, der möchte ob manch solchen Antlitzes die Hände ringen.

Das, was ich hier geschildert, mag wohl manchem Städter oder Großstädter nicht unbekannt sein, doch halte ich es für richtig, immer wieder und bei jeder Gelegenheit auf die uns drückende Not hinzuweisen, die ich kurzweg „Hungersnot“ benenne, wenn sie auch noch von wenigen als eine solche erkannt worden ist.

Hamburg ist ein Staat im Staate. Hamburg hat sein Parlament, die Bürgerschaft. Hier wird beschlossen, was dem Staate dienlich ist. Niemals etwas anderes. Und man beschloß, von schwedischen Künstlern, die hier kürzlich eine Ausstellung ihrer Kunsterzeugnisse veranstalteten, für 20000 Mk. Gegenstände käuflich zu erwerben. Den Schweden gegenüber sicher eine edle Handlung. Ich bin mir sicher, die Schweden haben es verdient. Und noch sicherer wurde ich dadurch in meiner Ansicht, daß Hamburg gar nicht so arm sein kann. Man muß wohl wissen, daß diese Summe sich vielleicht zu unserem Nutzen umsetzt; zur augenblicklichen Zeit aber hätten wir das Geld ja auch im eigenen Lande gebrauchen können. Man beschloß ferner in gleicher Sitzung, den im Hamburgischen Staate lebenden Gemüsebauern zu helfen. Diese hatten durch ihren Verein 606 Anträge auf Darlehen in Höhe von 306000 Mk. beim Senat eingereicht. Der Senat beantragte 90000 Mk. als Gesamthöhe zu bewilligen, und so beschloß man denn in diesem Sinne. Je Bauernkopf macht das so ziemlich 150 Mk.

Siehste Bauer, dachte ich da — und das andere kann sich ja der Leser denken, wenn Sie wieder so indiskret sein wollen und meinen Brief in der UHRMACHERKUNST veröffentlichen.

Und nun, Hamburgischer Kleingewerbetreibender atme auf! Jetzt kommt die Reihe der Parlamentsbeschlüsse (soll wohl heißen „Parlamentsbeschlüsse“ D. Red.) an dich. Es wurde in gleicher Sitzung beschlossen, der Hamburgischen Gewerbekammer und der Detaillistenkammer je 250000 Mk. zur Ausleihung an in Not befindliche kleine Handwerker und Einzelhändler zur Verfügung zu stellen. „Junge! Junge! nu koomt wi awer rut ut den oln Druck“ sagten einige. „Nu kannst hengohn na de neege!) Pumpstation!“ Ich habe gar nichts gesagt, nur was gedacht habe ich mir. Das war so ähnlich, als wenn man uns für Bauern gehalten hätte. Nochmals betone ich, daß ich das nicht gesagt, nur gedacht habe. Und so folge ich denn diesem meinem Gedanken weiter, aber nur kurz. Eine Aufrechnung der Summe war es, und ich lasse mich belehren, falsch gerechnet zu haben. Zweimal 250000 Mk. = in Worten „eine halbe Million“. Eine Million Einwohner hat Hamburg. Bleibt die Hälfte von der Summe in Hamburg, so entfallen auf den Kopf 25 Pf. Gleich wie bei den Bauern: Man wird helfen dem, dem nicht geholfen werden kann, und die anderen helfen sich entweder selbst oder — und nochmals den anderen wird geholfen, ohne daß sie es nötig haben. — Es sind nur Gedanken. —

Seit einem Jahre hat man in Hamburg die Gebühren für Straßenuhren, Markisen usw. um 500% (Fünfhundert) erhöht. Wir hatten auf Abbau dieser unverständlichen Erhöhung sicher in diesem Jahre gerechnet. Wir haben uns verrechnet. Diese Gebühren bleiben bestehen. Nämlich: Die Hundesteuer soll ermäßigt werden, und wir können ja jetzt Gesuche einreichen, um zu einem Darlehen zu gelangen. Was eine Parlamentsmehrheit beschließt, ist immer richtig. Schiller hat auch einmal etwas von der „Mehrheit“ gesprochen, mir will es nur nicht gleich einfallen.

Zahlen — Murren — Darlehensgesuche. Eigentlich ist die Folge so: Darlehensgesuch, Murren, weil wir entweder nichts oder zu wenig bekommen, und dann zahlen wir doch.

Nun, liebe UHRMACHERKUNST, gestatte mir, für heute Schluß zu machen. Im nächsten Brief schreibe ich dir mal, wie man in Hamburg die „Centra-Uhrangelegenheit“ behandeln muß; aber es muß erst klareres Wetter eintreten. Wir haben nämlich zur Zeit noch viel „Nebel“.

Sie hören bald wieder von mir

Hammonia.

1) neue.